



Lothar Binding
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB * Bergheimer Str. 88 * 69115 Heidelberg

ForseA e.V.
Frau Elke Müller

34119 Kassel

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 -73144
Fax: (030) 227 -76435
eMail Berlin:
lothar.binding@bundestag.de

**Postanschrift Wahlkreis:
Bürgerbüro Heidelberg**
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Tel: (06221) 18 29 28
Fax: (06221) 61 60 40

eMail Heidelberg und Weinheim:
lothar.binding@wk.bundestag.de
Homepage: www.lothar-binding.de

Heidelberg, den 10. Aug. 2005

Befragung zur ambulanten Unterstützung behinderter und älterer Menschen Ihre Mail vom 27.06.2005

Sehr verehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihre Frage anlässlich Ihrer Kampagne „Marsch aus den Institutionen- Reißt die Mauern nieder“ zum Thema „ambulant vor stationär“ .

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Herr Karl Hermann Haak unterstützt Ihre Kampagne und hat auch ausführlich zu dem von Ihnen angesprochenen Thema Stellung bezogen. Seine Position teile ich und ich bin froh, dass er sich in solch hervorragender Weise für die Wahlfreiheit und Selbstbestimmung von behinderten Menschen einsetzt. Es bedarf einer aktiven Politik, um das Ziel der vollständigen Integration von Menschen mit Behinderung zu erreichen. Dabei spielt deren Selbstbestimmung und die Möglichkeit der eigenen Entscheidung für eine Lebens- und Arbeitsform eine zentrale Rolle.

Ein wichtiger Schritt hierzu sind das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen, das Antidiskriminierungsgesetz , um denen, die immer noch von Diskriminierung betroffen sind einklagbare Rechte zu verschaffen und die Einführung des persönlichen Budgets, das einen ersten Erfolg in der echten Bedarfsermittlung und –deckung darstellt. Darin erkennen Sie auch meine Arbeitsrichtung manchmal – in Abstimmung mit Behinderten aus meiner Region, im Auftrag.

So habe ich z.B. kürzlich in enger Abstimmung mit den „Heidelberger Werkstätten für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung e.V.“ an den Vorsitzenden der CSU Landesgruppe Herrn Michael Glos geschrieben und ihm mehr als 600 Briefe übergeben. Leider hat Herr Glos offensichtlich nicht den Grundsatz Briefe zu beantworten. Nachfolgend zitiere ich aus dem Brief:

Mehr als 660 Protestbriefe gegen die KEG-Gesetzesvorlage aus Bayern

Sehr geehrter Herr Kollege Glos,

mit dem von der CSU in Bayern initiierten sog. „Kommunalen Entlastungsgesetz“ soll die Sozial- und Jugendpolitik von der Kassenlage der Kommunen abhängig gemacht werden, um so den kommunalen Gestaltungsspielraum zu erhalten.

Dies wird jedoch unweigerlich zu massiven Leistungseinschränkungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Behindertenbetreuung führen und eine merkliche Dezimierung der Stellen im Dienstleistungsleitungssektor zur Folge haben. Eine solche Politik lässt nicht nur hilfsbedürftige Menschen im Stich, sondern wird sogar das vorgegebene Ziel: Einsparung von Kosten, verfehlen.

Im Auftrag für den Verein „Heidelberger Werkstätten für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung e.V.“ und anderen sozialen Einrichtungen übergebe ich ihnen ein Paket mit mehr als 660 Protestbriefen, die zeigen, wie erschrocken, enttäuscht und verärgert die Betroffenen anlässlich einer solchen Initiative sind.

Mit der Hoffnung, dass Sie sich dafür verwenden die CSU/Bayern-Gesetzesinitiative zurückzuziehen, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen,

Zurück zu obigem Thema: Soweit es möglich ist, sollte also Raum zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung geschaffen werden.

Dazu muss weiterhin an der konsequenten Beseitigung jeglicher Barrieren und Diskriminierung gearbeitet werden, damit dem Wunsch nach Eigenständigkeit und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben Folge geleistet werden kann.

Es muss Alternativen zum Leben und Arbeiten in stationären Einrichtungen geben, ein Leben in der Mitte der Gesellschaft und nicht außen vor.

Integration sollte Selbstverständlichkeit sein. Sie sollte schon mit der gemeinsamen Betreuung und Ausbildung behinderter und nichtbehinderter Kinder und Jugendlicher anfangen und durch alle Altersgruppen und Schichten fortbestehen.

Man darf sich daher nicht auf bisherigen Erfolgen ausruhen, sondern muss sich um eine konstruktive Zusammenarbeit, auch mit den Betroffenen, bemühen, um Integration zu fördern und dadurch Teilhabe zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Lothar Binding